



ANTIBERLINER

Kampfblatt für Hausprojekte // Nr. 24 // Dezember/Januar 2009/2010

2 UNGESCHRIEBEN. Raul
Zeliks Thesen über die
Zukunft der Gesellschaft

4 UNGEHEUER. Die zwei
Gesichter des staatlichen
Repressionsapparats

6 UNGERECHT. Im Knast, denn
die vier Gewalten pfeifen
auf Beweise



■ In eigener Sache



Der Sommer ist endgültig vorbei.

Auch politisch wird es rauher. Die neue Regierung wird den Abbau des Sozialstaates noch weiter vorantreiben. Erstmals spricht der deutsche »Verteidigungsminister« von einem Krieg in Afghanistan, was für die Zukunft der Menschen dort nichts Gutes ahnen lässt. Auch hier ist mit einer Verschärfung der inneren Sicherheit zu rechnen. In dieser Ausgabe steht daher Repression im Fokus. Neben einer theoretischen Einordnung und einem Abriss über die Entwicklung in Berlin in diesem Jahr, berichten wir über die momentanen Ereignisse im Iran.

■ Impressum:

- V.i.S.d.P.: E. Diepgen, Fasanenweg 30, 10123 Berlin
- Redaktionskontakt: antiberliner@web.de www.antiberliner.de
- Unterstützt von: Antifaschistische Linke Berlin
- Namentlich gekennzeichnete Artikel spiegeln nicht unbedingt die Position des Redaktionskollektivs wider



Eine Utopie der ökonomischen Vernunft

Ein Jahr nach Ausbruch der Finanzkrise scheint das Finanzsystem heute erst einmal wieder gerettet. Die soziale Krise jedoch steht uns erst noch bevor – dann nämlich, wenn die Rettungspakete für die Banken »von unten« gegenfinanziert werden



Die ersten Atzen aller Länder haben sich vereinigt – Krisendemo am 28. März 2009 in Berlin

In den nächsten Monaten werden Kommunen Sozialprogramme streichen, um den Konkurs abzuwenden. Gleichzeitig werden ArbeiterInnen und Angestellte die Löcher bei den Krankenkassen zu stopfen haben. Die schwarzgelbe Regierung hat bereits angekündigt, dass alle Versicherten den gleichen Zusatzbeitrag aufbringen sollen – was Geringverdiener besonders stark belastet. Und klar ist auch, dass die Belegschaften für die Sanierung ihrer Betriebe zu büßen haben. Hunderttausende werden nach Ablauf der Kurzarbeit ihren Job verlieren

Und das ist nicht die einzige Krise, mit der wir konfrontiert sind. Der Kapitalismus entpuppt

sich immer deutlicher als unwirtschaftliches System. Mit Ressourcen, an denen natürlicher Mangel herrscht, geht er besonders maßlos um. Luft, Wasser, Rohstoffe werden in immer schnellerem Tempo verbraucht, bis am Ende auch das Überleben der Menschheit selbst in Frage gestellt ist. Hier sieht man, wie wenig Kapitalismus mit Ökonomie zu tun hat: Das System beruht auf der steten Vermehrung von Kapital und kann deshalb nicht ohne Wachstum funktionieren. In einem abgeschlossenen System (wie der Erde) kann es aber gar kein endloses Wachstum geben. Ökonomie bedeutet »Haushalten«. Gerade das kann der Kapitalismus jedoch nicht.

Nun scheint umgekehrt der Sozialismus 20 Jahre nach dem Mauerfall als Alternative erledigt. Und tatsächlich hat der Staatssozialismus à la DDR wenig überzeugende Gegenantworten geliefert. Das ändert aber nichts daran, dass es so wie bisher nicht weiter gehen kann.

Wie aber dann?

1.) Die Krise beweist, dass das »Utopische« möglich ist. Wer vor zwei Jahren vorausgesagt hätte, dass Großbanken nationalisiert werden, wäre als Spinner bezeichnet worden. Dass die Verstaatlichung nur dazu diente, die private Bereicherung einer Minderheit sicher zu stellen, steht auf einem anderen Blatt. Als Erkenntnis bleibt immerhin: Eine andere Politik ist möglich – wenn man nur die notwendigen Kräfteverhältnisse dafür mobilisieren kann.

2.) Über die allgemeinen Ziele einer anderen Ökonomie gibt es nicht viel zu streiten. Jeder UN-Bericht sagt, dass a) die menschlichen Grundbedürfnisse sichergestellt, b) nachhaltig gewirtschaftet und c) die allgemeinen Demokratieversprechen eingelöst werden sollten.

Diese Ziele ließen sich durchaus umsetzen: Ein öffentlicher Fernsehsender beispielsweise ermöglicht mehr Demokratie als das Privatfernsehen (das ja nur die Meinungsfreiheit des Eigentümers kennt). Das Problem ist jedoch, dass hier konkrete Interessen berührt werden. Die Besitzer der Medienkonzerne haben kein Interesse daran, Vermögen und Macht zu verlieren.

Das Problem eines antikapitalistischen Gegenentwurfs besteht also nicht darin, dass man nicht sagen könnte, was zu tun wäre. Das Problem besteht darin, dass hierfür eine Gegenmacht mobilisiert werden muss.

3.) Die Interessen der Mehrheit gegen die der Mächtigen. Ansatzpunkte für das Entstehen von Gegenbewegungen gibt es durchaus: Man könnte zum Beispiel dafür sorgen, dass die Grundversorgung wieder vom Gemeinwesen kontrolliert wird. Das muss keineswegs auf Verstaatlichung hinauslaufen. Viel interessanter wären genossenschaftliche oder gemeinschaftliche Eigentumsformen.

Also: Gesundheit, Bildung, Trinkwasser, Energie, Nahverkehr in öffentliche Hand und unter demokratische Kontrolle! »Ökonomie« bedeutet schließlich nicht Profit, sondern vernünftiger Umgang mit Arbeit und Ressourcen.

4.) Wir haben es heute nicht nur mit einem Armuts-, sondern auch mit einem Reichtumsproblem zu tun. Kapitalvermögen müssen sich immer neue Verwertungsmöglichkeiten suchen – deswegen das Drängen auf die Privatisierung öffentlicher Betriebe und die Inwertsetzung der Natur. Die Umverteilung von Reichtum verrin-

gert diesen Druck. Eine hohe Besteuerung von Vermögen mindert also nicht nur die sozialen Unterschiede in einer Gesellschaft, sondern entschärft auch die kapitalistische Destruktivkraft.

5.) Aber: »Nicht alles war schlecht im Kapitalismus«. Die Unternehmenskonkurrenz sorgt für einen ständigen Anstieg der Arbeitsproduktivität. Die technische Entwicklung macht es möglich, dass heute mehr Güter mit weniger Arbeit hergestellt werden. Vor diesem Hintergrund gilt es, den vorhandenen Reichtum und die notwendige Arbeit anders zu verteilen. Die Instrumente dafür sind seit Langem bekannt: Verringerung der Arbeitszeit, Grundeinkommen, Mindestlohn, faire Verteilung fremdbestimmter Tätigkeiten etc.

6.) Für ein anderes Energiemodell. Die Verknappung des Öls und anderer Ressourcen führt immer wieder zu internationalen Konflikten und Krieg. Deswegen ist es

nicht nur aus Umwelt-, sondern v.a. aus politischen Gründen notwendig, auf regenerative Energiequellen und ein dezentrales Versorgungsnetz zu setzen.

7.) Und immer die Eigentumsfrage mitdenken: Herrschaft in einer Gesellschaft hat immer auch mit Eigentum zu tun (wobei es hier nicht um das Eigentum am Handwerksbetrieb geht). Eine Gesellschaft, die auf Privateigentum von Produktionsgütern beruht, bringt enorme Ungleichgewichte hervor. Andererseits hat auch das Staatseigentum nicht zu einer Demokratisierung geführt. Gefragt ist also soziale Phantasie: Das gesellschaftliche Eigentum neu bestimmen und erfinden.

◆ Unlängst erschien: Raul Zelik / Elmar Altvater: »Die Vermessung der Utopie. Über Mythen des Kapitalismus und die kommende Gesellschaft« (Blumenbar-Verlag, 12,90 Euro).



■ Gipfelstürme



»Alle reden vom Klima. Wir nicht.« oder »We don't need a weatherman to know which way the wind blows« sind die Überschriften einiger Texte, die zu Demonstrationen während des »Klimagipfels« der UN in Kopenhagen aufrufen. Dort soll das Kyoto-Protokoll ersetzt werden. Hinterlassen hat es nichts als den Handel mit Verschmutzungsrechten, quasi die Privatisierung der Luft. Nun wollen die Vertreter der kapitalistischen Weltwirtschaft etwas Neues etablieren. »New Green Deal« wird es genannt und bezeichnet den Versuch, grüne Technologie als neue Investitionsmöglichkeit zu installieren. Denn überschüssiges Kapital muss investiert werden, doch wo rein, wenn schon alles verkauft oder privatisiert ist. Unter dem grünen Deckmantel hört sich das für Viele gut an. Aber die ausbeutende Struktur des Kapitalismus bleibt die gleiche. Dagegen hat sich international Protest angekündigt. Aus Berlin fahren Busse nach Kopenhagen. Karten gibt es in den Läden Red Stuff und Schwarze Risse.



Tante Käthe plaudert aus dem Nähkästchen

»Ministerquartett«

Anzahl der Zylinder, Motorleistung in kW oder Höchstgeschwindigkeit sind klassische Abfragewerte eines Autoquartetts. Supertrumpf heißt die Spielart, bei der zwei oder mehr Spieler von ihrem Kartenstapel jeweils nur die oberste Karte betrachten. Wer an der Reihe ist entscheidet über die zu vergleichende Kategorie. In der Regel gewinnt der höchste Wert. Spätestens seit dem »Terroristenquartett« der US-GI's sind auch nicht-technische Varianten bekannt.

Gerüchten zu Folge soll in den geschlossenen Koalitionsverhandlungen der schwarz-gelben Regierung bis in die Morgenstunden gezockt worden sein. Zunächst überbrachte wohl Guido als Neuling die Profile seiner Crew. Angela nahm dann die Mischung mit den schon etwas abgegriffenen Karten der alten Mitspieler vor. Schnell zeigte sich allerdings, dass die bestehenden Kategorien »Wirtschaftsbeziehungen«, »Kapitalfreundlichkeit« und »dümmliche Penetranz« zu einer absoluten Pattsituation

führten. Deshalb wurde sich darauf geeinigt, dass jedem Ministerposten eine verdeckte Karte zugeordnet werden sollte. Die Spannung war unerträglich. Als unter dem Bundeskanzlerposten das Konterfei der Merkel auftauchte, wurden Rufe wie »Schiebung« laut. Die Lage beruhigte sich erst wieder, als alle Posten verteilt waren. Doch schon begann der Kampf um die Neugestaltung der Profile auf den Karten mit lautem Geschnatter. Beim Wettrennen zu den wartenden Kameras erwiesen sich Räder als Vorteil, Wolfgang überfuhr Philipp, der irgend etwas von »meinen Arzt! Der Pöbel zahlt's!« schrie. Nach gekonntem Handbraketurn schossen schon die Forderungen nach Überwachung des Münzgeldes aus Wolfgang heraus. Doch von hinten kam Theodor, schlug mit dem Zepter zu und schrie: »Krieg! Wir sind im Krieg! Franz Josef kann mal arbeiten gehen mit seinem sozialen Aufbau am Hindukusch, zurück an die Heimatfront zwischen Maß und Memel!«

Zum Verhältnis von Sozialen Bewegungen, Repression und Staat

Mit Beginn der derzeitigen Krise ging es für die Regierungsvertreter auch um die Frage, wie mit Massenprotesten als Folge von Massenentlassungen umgegangen werden soll. Schnell wurde ein Bedrohungsszenario entwickelt und es war die Rede von möglichen Aufständen und Unruhen in den Zentren der westlichen Welt. Um die Situationen in den einzelnen Ländern besser analysieren zu können, wurde mehr geheimdienstliche Aufklärung gefordert. Ziel dessen war es u.a. einschätzen zu können, ob es sich bei den Unruhen um den »Teil eines sozialen Trends« handele oder ob diese »von Elementen der Opposition« gesteuert würden



Die Berliner Polizei ist ganz gern dabei, wenn es darum geht die Interessen des Staates durchzusetzen

Dieses Vorgehen ist nicht neu, denn immer dann wenn sich ernstzunehmender gesellschaftlicher Widerstand entwickelt bzw. entwickeln könnte, wird dieser Widerstand zum Objekt staatlicher Politik. Schließlich ist es die Aufgabe eines jeden Staates, gesellschaftliche Konflikte im Sinne der herrschenden Verhältnisse zu lösen. Der bürgerlich-kapitalistische Staat unterliegt – wie jede herrschende Ordnung – dem Selbsterhaltungsprinzip, d. h. er versucht sich permanent vor tief greifendem strukturellen Wandel zu schützen. Dabei lässt sich dieser Staat insbesondere in der westlichen Welt keineswegs auf einen Repressionsapparat reduzieren: Repression ist dort nur ein Mittel um den Zusammenhalt von Gesellschaft und die Sicherung von Herrschaft zu gewährleisten, Integration ein anderes. So versucht der bürgerliche Staat, durch materielle Zugeständnisse und das formale Recht

auf Mitbestimmung, einen Großteil der Bevölkerung in die Gesellschaft einzubeziehen und damit dessen Zustimmung zu den bestehenden Verhältnissen zu erhalten. Auf ähnliche Art und Weise wird versucht, große Teile der Sozialen Bewegungen in das System einzubinden. Dazu wird z.B. anerkannt, dass die jeweilige Bewegung »wichtige Fragen« aufwirft und zumindest teilweise »richtige Antworten« anbietet. In dem Zusammenhang werden der Bewegung Integrations- bzw. Kooperationsangebote unterbreitet. Ziel dieser Angebote ist, die Anliegen der Sozialen Bewegung zu kanalisieren, um sie fortan nur noch integrativ innerhalb des Systems wirken zu lassen und damit der bürgerlich-demokratischen Ordnung neue Zustimmung zu verschaffen. Die ursprünglichen Forderungen der Bewegung werden im Zuge dieser Integration jedoch nur in den wenigsten Fällen umgesetzt. In der Geschichte von politischen Bewegungen (von der Arbeiterbewegung bis zu den Neuen Sozialen Be-



wegungen) hat es solche Entwicklungen immer wieder gegeben. In der Regel haben sie zu einer Spaltung der Bewegung und damit einhergehend zu einer Schwächung geführt.

Klima der gesellschaftlichen Ächtung

Scheitern jedoch die Versuche die gesamte Soziale Bewegung bzw. deren Aktivisten zu integrieren, so wird der Teil der Bewegung, der sich nicht integrieren lässt, als Feind des Staates und damit als Feind der Gesellschaft wahrgenommen. Durch die vorausgegangene Spaltung wird dieser verbleibende antagonistische (also grundlegend oppositionelle) Teil der Bewegung ein leichteres Ziel für repressive Maßnahmen. Im ersten Schritt wird hierbei ein Klima der gesellschaftlichen Ächtung konstruiert, dass die Zustimmung der Öffentlichkeit für weitere Repression sichern soll. Im Optimalfall wird der antagonistische Teil als »idealistisch verblendet« und »politikunfähig« dargestellt. Im schlechteren Fall wird ihm unterstellt, er würde den »guten Teil« der Bewegung »instrumentalisieren«, um seine »verquaste Ideologie« zu verfolgen oder einfach nur »Gewalt« ausüben zu können. So wird dem antagonistischen Teil der Bewegung und seinen Aktivisten durch Politiker und dem Großteil der Medienlandschaft das politische Anliegen abgesprochen. Ist diese Spaltung in »Gute« und »Böse« einmal erfolgt, lassen sich die »Bösen« mit allen dafür als notwendig erachteten Mitteln staatlicher Repression schon niederhalten. Der Höhepunkt an der Aufpeitschung der öffentlichen Meinung war in der BRD in den 70er Jahren erreicht. Mit der Konstruktion der Feindbilder »Terrorist« und »Sympathisant« wurde versucht, breite Teile der außerparlamentarischen Linken zu denunzieren und den umfangreichen Ausbau des Repressionsapparats zu rechtfertigen. »Terrorismus« ist seither ein Schlagwort, welches immer wieder hervorgezogen wurde und wird, um Bewegungen zu diskreditieren und kriminalisieren, bzw. eine Ausweitung des Repressionsapparats zu forcieren.

Im Westen nichts Neues

Allgemein beschreibt Repression ein bestimmtes Funktionieren und restriktives Vorgehen staatlicher Institutionen wie der Polizei, des Verfassungsschutzes, des Justiz- und Strafvollzugsystems usw. gegenüber Personen und Gruppen, die als Bedrohung für die Sicherheit im Staat wahrgenommen werden. Wenn der Staat also nicht in der Lage ist eine Bewegung zu integrieren, wird zur Befriedung der gesellschaftlichen Konflikte der Ausschluss, die Überwachung und die staatliche Gewalt verschärft. Repression bedeutet nichts anderes, als Unterdrückung von Meinungsäußerungen und politischen Aktivitäten. Mit dem repressiven Vorgehen gegenüber Bewegungen wird versucht, einer inhaltlichen Auseinandersetzung mit dem Anliegen der Bewegung aus dem Weg zu gehen. Anders gesagt: Wenn kriti-

sches Gedankengut und politisches Handeln in strafbare Handlungen umgedeutet wird, werden gesellschaftspolitische Probleme dadurch nicht gelöst, sondern ausschließlich unterdrückt.

Die Formen von Repression unterscheiden sich in ihrer Art und ihrem Umfang in den unterschiedlichen Jahrzehnten und (Bundes-)Ländern. Sie sind somit nie eindimensional und verlaufen auch nicht kontinuierlich, sondern stehen im direkten Kontext des Erstarkens und Nachlassens Sozialer Bewegungen. Weiter ist die Repression abhängig von den Möglichkeiten und den Grenzen (z.B. durch Gesetze oder das allgemeine gesellschaftliche Klima) des jeweiligen Repressionsapparats. Staatliche Repression verfügt über eine Vielzahl an Mitteln: Abschreckung ist eine erste Maßnahme, weiter folgen Vorbeugung, Konfrontation und Vergeltung. Konkret bedeutet dies für politische Aktivisten, dass sie ganz unterschiedliche Erfahrungen mit dem Repressionsapparat machen: Schikanöse Auflagen für Demonstrationen, das Abhören von Handys, brutale Übergriffe und Festnahmen, erkennungsdienstliche Behandlungen, Hausdurchsuchungen, monatelange Untersuchungshaft... sind nur einige Möglichkeiten einer langen Liste. Eine Extremform politischer Repression ist beispielsweise das Verbot von Gruppen, Parteien und Organisationen. Letztere Maßnahme zielt auf die völlige Unterdrückung kollektiven Handelns ab. Dadurch sollen die Akteure und Sympathisanten Sozialer Bewegungen eingeschüchtert, die Bewegung durchleuchtet und in Anti-Repressionsarbeit gebunden werden, dies alles mit dem Ziel, die Bewegung zu schwächen bzw. zu zerschlagen.

Neue Mittel – alte Ziele

Immer schon wurde nach neuen Mitteln geforscht, um möglichst effektiv gegen soziale Kämpfe vorzugehen. Gegenwärtig boomt der Markt für Drohnen, Kleinwaffen und »Non Lethal Weapons« wie Taser-Waffen zur Aufstandsbekämpfung, die in Deutschland explizit durch das Konjunkturpaket unterstützt werden. So soll auch die Bundeswehr für »Operationen in urbanem Umfeld« mit neuen Schall- und Mikrowellenkanonen sowie Tasern ausgerüstet werden. Ebenso wird die Überwachung ausgeweitet und bspw. die genetischen und biometrischen Daten breiter Teile der Bevölkerung erfasst. Bereits heute ist ein Großteil der Gesellschaft von Kontrolle betroffen, denn diese geschieht zunehmend vorbeugend, ereignis- und verdachtsunabhängig. Dies sind alles neue Mittel, die jedoch nur das repressive Vorgehen gegenüber antagonistischem Widerstand fortschreiben. Doch die verstärkte Repression gegen einige, bedeutet immer auch eine zunehmende Einschränkung der Freiheitsrechte von allen anderen. Die mehrheitliche gesellschaftliche Akzeptanz dieser Maßnahmen wirft also nicht zuletzt ein besonderes Licht auf die autoritären Strukturen unserer Gesellschaft.



Am 9. Oktober 2009, mehr als acht Jahre nach dem G8-Gipfel in Genua und den spektakulären Protesten dagegen, 48 Stunden nach dem Freispruch des damaligen Polizeichefs De Dennaro (mittlerweile Koordinator der italienischen Nachrichtendienste) wurden Gefängnisstrafen gegen zehn Aktivisten verhängt. Das Urteil im Berufungsprozess richtete sich ursprünglich gegen 25 Angeklagte: 14 von ihnen wurden meist wegen Verjährung freigesprochen. Leider wurden für die übrigen elf Angeklagten die harten Strafen noch verschärft. Insgesamt gab es mehr als 100 Jahre Knast. Ihre Anklage lautete »Plünderung & Verwüstung« – sie bekamen zwischen fünf und 15 Jahren Haft. Prozessbeobachter beklagen: »Dieses Strafmaß wird nicht mal bei Mord verhängt.« Der Verteidiger Lamma bestätigt, dass es zehn Jahre Haft für das Einschlagen einer Fensterscheibe gab. Die Hoffnung in die letzte Instanz ist längst verloren. Der Verurteilte Vecchi erklärt: »Ich bin froh als freier Mensch an diesem Protesttag gegen die kapitalistische Ökonomie teilgenommen zu haben.«

Aufstand und Repression

Die oppositionelle Bewegung im Iran ist weiterhin stark und lebendig. Sowohl der »Al-Quds«-Tag am 19. September, als auch der 30ste Jahrestag der Stürmung der amerikanischen Botschaft am 4. November, sind traditionell Tage für Aufmärsche der Regimetreuen. Dieses Jahr jedoch wurden sie von der Opposition feindlich übernommen. Trotz massiver Drohungen der Sicherheitskräfte, demonstrierten Millionen Menschen mit grüner Farbe zeitgleich in allen großen Städten des Iran. Anfang Oktober begann das neue Semester und insbesondere die Teheraner Unis sind im Zustand dauerhafter Unruhe

Auf die Massenproteste nach der Wahl folgte eine Welle der Repression: Hochrangige Reformpolitiker mussten in öffentlichen Schauprozessen zugeben, vom Ausland gesteuert zu sein und eine Revolution geplant zu haben. Vielen waren die Spuren der Folter noch anzusehen. Kurz darauf kamen Berichte über Folterexzesse in der Haftanstalt »Kahrizak« an die Öffentlichkeit. Diese waren so schlimm, dass der geistliche Führer Chamenei die Schließung von Kahrizak verordnen musste, um die öffentliche Empörung einzudämmen.

Folter und Mord

Die Spitze der Repression und besonders wichtig für die psychologische Aufstandsbe kämpfung waren allerdings die systematischen Vergewaltigung in den Gefängnissen. Die Thematisierung solcher Geschehnisse war bisher ein großes Tabu. Zu groß ist der Widerspruch zur Ideologie des islamischen Staates. Inzwischen jedoch spricht auch der Oppositionspolitiker Karroubi öffentlich davon. Gesammelte Daten und Selbstmordversuche betroffener junger Männer nach ihrer Entlassung sind stumme Zeugen. Unmittelbar nach dem Besuch von Ahmadinejad bei der UN am 24. September, wurden dann die ersten Todesurteile gegen Demonstranten ausgesprochen, die Vollstreckungen stehen noch aus. Vorgeworfen wurde



Demo für die Bewegung im Iran am 21.06.09 in Berlin

heran jedoch wurde sein Pass eingezogen, sein Recht zu Reisen somit beendet. Vor diesem Hintergrund ist der Mut der Menschen, die als Opposition auf die Straße gehen, erstaunlich.

Im Westen kein Thema

Doch in den westlichen Staaten ist die einzige Agenda mittlerweile die Atomfrage. Sollte es dabei zu einem Kompromiss kommen, wäre der oppositionelle Aufstand zweitrangig. Dafür sprechen die jüngeren Entwicklungen in der Frage der Urananreicherung, bei der die iranische Seite sich kompromissbereit zeigte. Dem Annäherungskurs widerspricht die Rede des geistigen Führers Chamenei am 4.11., in der er scharfe Töne gegen die USA anschlug. Innenpolitisch scheint es also unterschiedliche Standpunkte zu geben. Für den Fall, dass es keinen Kompromiss gibt, trommeln amerikanische und israelische Militärs bereits zum Krieg. Bei der jüngsten Nahostkonferenz des »Washington Institute for Near East« wurde die Option eines israelischen Luftangriffs, der in der Folge von den Verbündeten USA unterstützt werden würde, als viel versprechende Option präsentiert. Bei solchen Überlegungen wird klar, welche Bedeutung die viel geforderten Menschenrechte im Angesicht geostrategischer Interessen überhaupt haben.

Pedram Shahyari

ihnen, Anhänger der Monarchie und somit gegen die Ordnung der islamischen Republik zu sein.

Ausreiseverbote

Viele der bekannteren Aktivisten versuchen inzwischen das Land zu verlassen. Von Seiten der iranischen Behörden ist jedoch mit Widerstand zu rechnen, wie der Fall des Anwalts Soltani zeigt, der Anfang Oktober nach Nürnberg fliegen wollte. Dort sollte er mit dem Nürnberger International Human Rights Award ausgezeichnet werden. Am Flughafen in Te-

Hassbrennerhass in Berlin

Seit Monaten häufen sich Prozesse gegen Linke in Berlin. Besonders die am 1. Mai Festgenommenen und Personen, die im Verdacht stehen Autos angezündet zu haben, werden mit drastischen Strafen überzogen



Kreuzberg: Kein Ort für günstige KFZ-Versicherungen

Christian P., ein Linker aus Italien, wurde am 14. Oktober 2009 zu zwei Jahren und sechs Monaten Haft verurteilt. Ihm wurde vorgeworfen, am 1. Mai 2009 mehrere Flaschen in Richtung Polizei geworfen zu haben. Ebenfalls seit dem 1. Mai 2009 sitzen Yunus K. und Rigo B. in Untersuchungshaft. Die beiden Angeklagten werden des versuchten Mordes beschuldigt. Ihnen wird vorgeworfen, Molotowcocktails auf Beamte geworfen zu haben. Die ganze Anklage stützt sich lediglich auf die Aussagen von zwei Polizisten. Doch trotz entlastender Aussagen anderer Zeugen wurde die Untersuchungshaft bisher nicht aufgehoben.

Verdacht genügt

Am 18. Mai wurde Alexandra R. festgenommen. Sie wird beschuldigt versucht zu haben, ein Auto anzuzünden. Bis zum 23. Oktober saß sie in der JVA-Pankow in Untersuchungshaft. Auch hier gibt es außer einer äußerst vagen Aussage eines Streifenpolizisten keinerlei Hinweise, die den Tatvorwurf gegen Alexandra untermauern wür-

den. Genau deshalb musste sie vor kurzem freigelassen werden. Der Prozess läuft allerdings und sollte es zu einer Verurteilung kommen, droht ihr eine hohe Strafe, da dies laut Justiz als »generalpräventive Maßnahme« geboten sei.

Genau 97 Tage saß Christoph T. in Untersuchungshaft, da er angeblich dringend tatverdächtig sei. Ihm wird vorgeworfen ein Auto in Brand gesetzt zu haben. Erst nachdem ein Sachverständiger des LKA am ersten Prozesstag feststellte, dass eigentlich keine Beweise vorliegen, hob der Richter den Haftbefehl auf.

Unter Druck stehen die Behörden auch bei der Verfolgung der so genannten »militanten gruppe (mg)«. Seit Gründung der »mg« 2001 tappen sie im Dunkeln. Und abgesehen von der Verurteilung von Axel H., Florian L. und Oliver R. – die festgenommen wurden, nachdem sie angeblich Kriegsgerät zerstören wollten – musste die Bundesanwaltschaft bereits dreizehn Ermittlungsverfahren wegen Mitgliedschaft in der mg einstellen. Nur das Verfahren gegen den Soziologen Andrej Holm läuft noch. Dies zeigt deut-

lich wie inflationär der »mg«-Vorwurf von den Ermittlern vorgebracht wurde. Dabei gab es selbst bei den drei Verurteilten nur vage Indizien für eine Mitgliedschaft. Dennoch schloss sich der Richter dem Plädoyer der Bundesanwaltschaft an und verhängte Haftstrafen von dreieinhalb und drei Jahren.

Abschrecken und Verleumden

In einem Kommentar in der Zeitung *die Welt* wurde das Urteil begrüßt, da der Rechtsstaat schließlich »schnell reagieren und auch hart bestrafen« müsse um »wehrhaft gegen solche Taten zu bleiben«. Die hohen Strafen sollen also in erster Linie der Abschreckung dienen und ein Exempel statuieren. Auch der überwiegende Rest der Presse hetzt derzeit massiv gegen Linke. Dabei werden immer härtere Urteile gefordert. Die Beschuldigten werden von *BILD & Co* z.B. als »Hassbrenner«, »Italo-Mai-Chaot« und »Feuer-Terroristen« bezeichnet. Politiker von Grünen, CDU und FDP sprechen im Abgeordnetenhaus von einer »Kiez-Taliban« und »rotem Terror«. Auch deshalb stehen die Ermittler unter einem enormen Druck angebliche Ermittlungserfolge vorzuweisen. Die Festnahme von Tobias P. am 16. November zeigt aufs neue, wie häufig willkürliche Festnahmen erfolgen und auf welche Art und Weise eine Vorverurteilung der Beschuldigten in den Medien Einfluss auf die Entscheidungen von Richtern und Staatsanwälten nimmt. Der 23-jährige sitzt bis auf weiteres in Untersuchungshaft.

Häuserkampf



Am 24.11. wurde in Berlin Mitte das Hausprojekt Brunnenstraße 183 geräumt. Vorausgegangen war ein Rechtsstreit, in dessen Verlauf der Eigentümer Manfred Kronawitter Räumungstitel für fünf Wohnungen erwirkte. Berliner Senat und Polizei waren sich erneut nicht zu schade, statt der sogar von den BewohnerInnen angebotenen Wohnungen mit einem 600 Einsatzkräften starken Aufgebot tabula rasa zu machen: Die gesamte Straße wurde gesperrt, schweres Gerät kam zum Einsatz und auch in gegenüberliegenden Häusern trieben sich Beamte herum. Auch bedroht ist die Liebigstr.14, sollte es nicht zu vermehrtem Widerstand kommen.

Nazimord in Moskau

Am 16.11.2009 wurde in der russischen Hauptstadt Moskau der Antifaschist Ivan Khutorskoi in seinem Hauseingang erschossen. Der Mord wirft erneut ein Schlaglicht auf die sich verschärfende, rechte Gewalt in Russland. Jährlich werden dort 50 bis 70 Menschen durch Neonazis ermordet.

■ Tanz



Banda Bassotti, die legendären Punkrocker aus Italien, kommen am 5. Dezember in das SO36 in Kreuzberg. Mit von der Partie sind die Hardcore Band KOP aus Barcelona, deren letzter Auftritt in Berlin am 1. Mai 2009 massiv von der Polizei gestört wurde, sowie der italienische Folk-Rocker Cisco. Die Konzertkarten kosten im Vorverkauf 10 bis 15 Euro, Einlass ist ab 20 Uhr. Der Erlös des Konzertes kommt dem von der Schließung bedrohten So36 zugute.

◆ www.so36.de

■ Diskussion

Mit ihrem neuen Buch »Die Vermessung der Utopie« wollen Raul Zelik und Elmar Altvater eine Diskussion über Möglichkeiten und Wege der Veränderung des krisenhaften Ist-Zustands anstoßen. Das Buch ist als pdf-Version kostenlos erhältlich. Am 13.12. stellen sie sich im Festsaal Kreuzberg der Diskussion. Auf dem Podium sitzen Christine Buchholz von der Linkspartei, sowie ein Vertreter der Antifaschistischen Linken Berlin, moderiert von Tom Strohschneider (Zeitung Freitag).

◆ www.vermessung-der-utopie.de

»Es hat immer linke Bewegungen gegeben«

The (International) Noise Conspiracy ist eine erfolgreiche Band, die Gigs in der ganzen Welt spielt. Der Antiberliner sprach mit dem Bassist Inge Johansson über Politaktivismus und Filesharing

Was würdest du heute machen, wenn du kein Rockstar wärst?

Das kann ich unmöglich sagen und ich möchte noch nicht einmal daran denken. Was hätten Joey Ramone oder Ozzy Osbourne gemacht, wenn sie nicht in erfolgreichen Bands gelandet wären? Wahrscheinlich wären sie im Knast oder tot.

Wieso bezeichnet ihr eure Band eigentlich als »international« obwohl ihr doch alles Schweden seid?

Als die Band gegründet wurde, haben wir alle in Schweden gelebt, aber wir hatten die Absicht internationale Musik zu machen und Dinge zu thematisieren, die nicht nur die Leute in Schweden betreffen. Zudem würde sich »The National Noise Conspiracy« auch viel zu sehr nach einer White-Power-Band anhören.

Linksradike Statements gehören auf euren Konzerten und in euren Texten dazu. Wie wird man linksradikal in einem Land mit einem der höchsten Lebensstandards der Welt?

Einer der historischen Gründe für diesen Lebensstandart ist, dass es hier immer sehr fortschrittliche linke Bewegungen



Inge Johansson, Bassist bei The (International) Noise Conspiracy

gegeben hat. Leider ist das inzwischen Geschichte. Seit ich denken kann ist Schweden immer weiter nach rechts gerückt, immer polarisierter und ungleicher geworden.

Glaubst du, dass ihr die Ansichten der Leute verändert, die eure Musik hören?

Na hoffentlich. Mich hat Musik auf jeden Fall verändert, so viel ist sicher.

Bist du aktiv in irgend einer politischen Bewegung?

Im Moment nicht. Ich ziehe es vor mich gelegentlich aus voller Leidenschaft zu engagieren, als halbherzig jede linksradikale Tendenz zu unterstützen. Aber wenn sich die Gelegenheit bietet werf ich mich ins Getümmel und reiß mir dann auch

eine Weile den Arsch auf für irgendwelche Gruppen, die zu Themen arbeiten die mir am Herzen liegen. Im Moment spreche ich fast täglich mit meinen iranischen Freunden, über die Dinge, die dort abgehen.

Die vier schwedischen Macher der Pirate Bay Website wurden vor ein paar Monaten zu Gefängnisstrafen verurteilt. Was hältst du von Filesharing und dem Downloaden von Musik?

Ich war ein ausgesprochener Befürworter von Filesharing und habe selbst dabei mitgemacht. Napster und Audio Galaxy waren klassische Konsumentenproteste und eine Form des Boykotts. Die Platten waren überteuert, die meiste kommerzielle Musik war scheisse. Als das Filesharing anging, wurde es von Musikliebhabern gemacht, die das Musikbusiness nicht mochten. Mit anderen Worten ein sehr interessantes soziales Experiment.

Aber die »Piraten-Bewegung« hat diese Grundlagen nicht mehr. Deswegen haben sie auch keine Ahnung, wie die Lebensrealität von 90 Prozent der Künstler aussieht. Sie erinnern mich an die Leute in den 60ern, die wütend die Zäune von Woodstock niedergerissen haben, weil sie keine Tickets bezahlen wollten, ein paar Minuten später aber kein Problem damit hatten für ihre Drogen oder den Alkohol zu bezahlen.

Tante Erna heute: Kleine Berlunkunde, Heute: Neukölln



Die Tier- und Menschenwelt umspannende Freundlichkeit prägt Neukölln, eine echte Empathie mit allem, was keucht und fluecht, lebt darin, die in des großen Tierfreunds großer Hoffnung gipfelt; Finden wir nämlich in unseren Menschensprachen Worte, die nach Lautkörper und Bedeutung tierischen Ursprungs sind, so sehen wir zum erstenmal Tiererlebnisse gewissermaßen von innen. Es ist ein weitverbreiteter Irrtum, daß Hunde andere Laute hätten als wir. Nein, fast alle ihre Laute sind auch in den Menschensprachen und besonders im Deutschen enthalten ...